

**Parlamentarischer Vorstoss GGR**

Eingang : 11.11.2020  
Bekanntgabe im GGR : 17.11.2020  
Überweisung im GGR : 15.12.2020

Zug, 11. November 2020  
Maria Hügin, [mariahuegin@datazug.ch](mailto:mariahuegin@datazug.ch)

Stadtkanzlei  
Präsident des GGR  
Stadthaus  
CH-6300 Zug

**Postulat: Einkommensabhängige Tarifgestaltung in der schulergänzenden Betreuung**

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort auf die Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Schulergänzende Betreuung (G2620\_SR vom 27. Oktober 2020), dass er dem Grossen Gemeinderat im Frühjahr 2021 eine Vorlage in Zusammenhang mit dem Projekt «Weiterentwicklung der modularen Tagesschule» vorlegen möchte.

Die FDP-Fraktion begrüsst die Bestrebungen des Stadtrates, die modulare Tagesschule weiterentwickeln zu wollen. Von der organisatorischen Zusammenführung der Schule und Freizeitbetreuung erhofft sich die FDP-Fraktion einen pädagogischen Mehrwert, kostensenkende Synergieeffekte (z.B. durch ein geeignetes Raummanagement) und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch einen bedarfsgerechten Ausbau an Plätzen.

Weniger erfreut ist die FDP-Fraktion über das geplante Tarifmodell. Auch künftig ist ein Einheitstarif geplant, wobei von einem Erwerbsspensum der Eltern im Umfang von insgesamt 140 Stellenprozent ausgegangen wird. Diese Annahme widerspiegelt sich im angestrebten Tarifmodell insofern, als dass die ersten drei Betreuungstage zu einem günstigeren Tarif angeboten werden sollen als der 4. und 5. Betreuungstag.

Die FDP-Fraktion stört sich an folgenden zwei Punkten:

- Die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung werden in der Stadt Zug in den kommenden Jahren weiter stark ansteigen. Mit einem Einheitstarif bezahlen alle Eltern – unabhängig von ihrer finanziellen Situation – den gleichen Beitrag. Damit sich alle Eltern die schulergänzende Kinderbetreuung leisten können, wird dieser moderat ausfallen. Im Sinne einer langfristigen Finanzierbarkeit der schulergänzenden Betreuung ist zu prüfen, ob ein Tarifmodell, das die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern berücksichtigt, nicht zielführender ist.
- Durch die Ausrichtung des Tarifmodells an ein Erwerbsspensum der Eltern von insgesamt 140 Stellenprozent wird ein Familienmodell zementiert und bevorzugt. Als liberale Partei erachten wir das als unnötige staatliche Lenkungsmassnahme in einer privaten Angelegenheit.

Aus den genannten Gründen fordert die FDP-Fraktion den Stadtrat auf, dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug eine Vorlage in Zusammenhang mit dem Projekt «Weiterentwicklung der modularen Tagesschule» zu unterbreiten, die ein Tarifmodell beinhaltet, das die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern berücksichtigt, dafür aber keine unnötigen staatlichen Lenkungsmassnahmen für ein Familienmodell.

Im Namen der Fraktion der FDP.Die Liberalen

Maria Hügin, Gemeinderätin FDP

Karen Umbach, Gemeinderätin FDP